

Arbeiterstimme

48 Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostpreußen / Vellagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

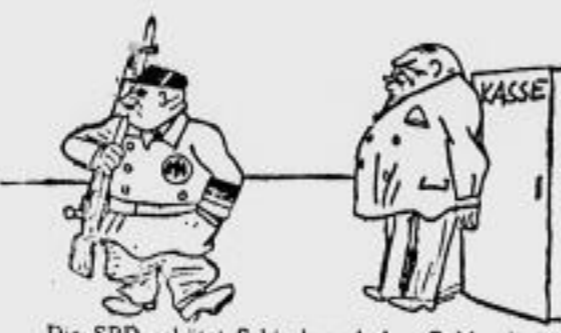
In deiner Zelle
muss solort die
Presse-Werbung
werden!

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 25. März 1931 Nummer 48

KPD rettet Schied-Landtag!

Abrechnung der KPD mit Killinger und Edel

Dresden, den 25. März.
Die gestrige Sitzung des sächsischen Landtages brachte eine politisch bedeutungsvolle Abstimmung. Die SPD wurde gezwungen, Farbe zu bekennen gegenüber diesem Landtag und der Schied-Regierung. Sie entsagte sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Aufstellungsantrag. Sie hinan's ihn nieder und rettete Landtag und Schied-Kabinett.



Die SPD schützt Schieck und den Geldsack

Der Eintritt in die ursprünglich leitende Tagesordnung erzwang der Vertreter der kommunistischen Fraktion, der Genosse Renner, die Behandlung des kommunistischen Aufstellungsantrages auf Auflösung des Landtages. Während die Sozialdemokratie in der letzten Sitzung durch einen Vorschlagsabstimmung getarnt worden war, so dieser Einpruch gegen die sofortige Behandlung des Aufstellungsantrages erhoben hatte, wurde ein solches Manöver diesmal durch das Aufstehen des Genossen Renner unmöglich gemacht. Niemand wagte Widerspruch zu erheben, so daß der Aufstellungsantrag überaus überwältigend als einer Punkt zur Abstimmung gestellt wurde. In ausführlicher Rede sollte Genosse Renner die Frage der Verantwortung der Politik der Schied-Regierung auf; er enthielt die Anhänger der Sozialdemokratie und der Nazis die zwar mit anderen Methoden, beide jedoch im Punkte der Bourgeoisie die Wille unter der Ära der Regierung des Reichstages zu halten bestehen.

Schieds Trabanten

Von Rudolf Mannes
Die „Linken“ sächsischen Sozialdemokraten hatten sich ein hübsches Mandat ausgedacht, mit dem sie während der Zeit der Osterferien in ihren Versammlungen eine Entlastungsaktion für die Panzertruppenpolitik durchführen wollten. Sie stellten den Antrag, das Verhalten der Regierung Schieck zur Gefrierfleisch-Einfuhr zu mißbilligen. Gleichzeitig forderten sie, die Regierung solle jetzt im Reichstag für die Entwürfe auf Landtags-Steuer und Kinderpeinigung einstreten.

Wir haben auf den Wert und die Bedeutung dieser Entwürfe schon einmal hingewiesen. Selbst wenn diese Entwürfe angenommen worden wären, hätten sie nicht die geringste politische Bedeutung. Die Regierung, deren Politik „gemäßigt“ war, brauchte nicht zurückzutreten, brauchte auch ihre Politik nicht im geringsten zu ändern. Das wissen auch die sozialdemokratischen Führer ganz genau. Aber sie wollten den Massen sagen können: „Seht, was sind wir für tapfere Arbeitervertreter. Wir haben die Regierung Schieck auf das heftigste angegriffen. Wir haben ihre Politik, die den Hunger im Schilde vergrößert, gebremst.“ Die bürgerlichen Parteien und die Nazis haben diese Mißbilligung der Regierung abgelehnt. Sorgt beim nächstenmal für eine andere Mehrheit im Land.

Sie wollten den Massen sagen können, mit „Grafen“, wollten eine Befreiung der Kapitalisten, aber die bürgerlichen und Nazis haben diesen Antrag abgelehnt, die Arbeiter wollen nichts bezahlen.
Das sollte das Erziehungsmittel während der nächsten Wochen werden. Deswegen sollten die Entwürfe als letzter Punkt vor den Ferien behandelt werden.
Mit struppeliger Verlogenheit werden auch jetzt die Sozialdemokraten versuchen, diesen Betrug an den Massen durchzuführen.

Max Adler gesteht!

Auf dem am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitag der SPD Chemnitz sagte der Hauptreferent Max Adler (laut Chemnitzer Volksstimme vom 24. 3.) wörtlich:
„Verkennen wir nicht, daß ein Anwachsen des Nationalsozialismus in grundlegenden Fehlern der führenden Schicht der Sozialdemokratie zu erblicken ist.“ (Zurufe: Sehr richtig!)
Der „linke“ Max Adler gibt also zu, daß die Politik der SPD und SPD-Führung es ist, die den Faschismus stärkt und fördert. Aber die „linken“ SPD-Führer betreiben gleichfalls die Unterstützung des Lohnraubes und Faschismus und der neue Beweis dafür ist die gestrige Rettung der erzreaktionären Schieck-Regierung, der sächsischen Filiale der Brüning-Diktatur.

Rote Giege in den Chemiehöhlen!

Die Betriebsratwahlergebnisse bei den I. G.-Farbwerken

Düsseldorf, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Montag und Dienstag fanden in den I.G.-Farbwerken Leverkusen, dem größten und für den deutschen Imperialisismus wichtigsten chemischen Betrieb am Niederrhein, die Betriebsratwahlen statt. Von 6377 wählten 5435, also 77,5 Prozent, die rote Einheitsliste 2020 (-), die Reformisten 1931 (2846), die Christen 1144 (1433), die Nazis 186 (-). Die rote Einheitsliste ist hier zum erstenmal seit 1921 aufgestellt. Wahlergebnisse und Wahrgesamten aller kommunistischen Arbeiter hatten stattgefunden. Der Betrieb war 1. kommunistischer. 24 Stunden vor der Wahl noch wurde

der Eisenfabrikat der roten Liste aufs Wasser geworfen, gemahrigelt. Die rote Liste ist die härteste geworden.

Düsseldorf, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Betriebsratwahl der Werke in Ludwigshafen und Oppau der I.G. Farben brachte den Reformisten eine schwere Niederlage und den Christen einen bedeutenden Stimmenrückgang. Nur die NSD konnte trotz Entlassung von 3000 Kollegen und Terror ihre Stimmenzahl halten und sogar etwas erhöhen. Es wurden Stimmen abgegeben: Rote Einheitsliste 2063 (1809), Reformisten 4135 (6373), die Christen 1321 (1658), die Nazis 615 (633).

'Bulgaria' maßregelt roten Betriebsrat

Streik bei Kirchbach, Ostwig

Dresden, den 25. März.

Gestern wurde das rote Betriebsratsmitglied in der Zigarettenfabrik Bulgaria, Genosse Haack, mit an den Haaren herbeigezogenen lächerlichen Begründungen fristlos entlassen. Die sozialdemokratischen Betriebsräte Otto Goldbach, Eike Weiler, Johanna Weber und Fritz Klausinger stimmten der Entlassung zu. Der Versuch der Isomacht, dem roten Betriebsratsvorsitzenden Genossen Käfer zu kündigen, wurde mit Entschiedenheit vom Betriebsrat abgelehnt.

Die Dresdener Arbeiter, die Käufer der Bulgaria-Zigaretten sind, werden mit Entschiedenheit die sozialdemokratische Maßregelung roter Betriebsräte zur Kenntnis nehmen.

Die wahre Ursache der Entlassung ist das Eintreten der roten Betriebsräte für die Interessen der Belegschaft.

Die Belegschaften der Bulgaria und Isomacht müssen sich geschlossen hinter ihre revolutionären Betriebsräte stellen und die Maßregelung mit entschiedenem Kampf beantworten.

Seitern früh traten die Arbeiter der Firma Kirchbach in Ostwig in den Streik als Antwort auf den Versuch der Firma,

den Betriebsratsvorsitzenden zu maßregeln. Der Entlassungsgrund ist eine angebliche Beleidigung des Betriebsleiters. In Wirklichkeit will die Firma unter der Schlagmarke „So wird sozial Streik gelöst“ die Köhne brüden. Der Betriebsratsvorsitzende ist hierbei im Wege. Die Belegschaft hat aber sofort erkannt, daß die Maßregelung eines revolutionären Funktionärs der Belegschaft ein Stroh gegen die Arbeiter ist und trat bis auf 7 Mann in den Streik. (NR 656)

Brotpreiserhöhung auch in Berlin

Nachdem in Köln der Brotpreis ab 23 März um 2 Pfennig erhöht wurde, haben jetzt auch verschiedene Stadtbezirke Berlins den Preis von 68 auf 69 Pfennig ab heute heraufgesetzt. Begründet wird dies mit der Steigerung der Getreidepreise, die eine Folge der von der Brüningregierung, mit Unterstützung der SPD durchgeführten Exportzölle ist. Auch in Dresden bestehen ähnliche Pläne für Brotpreiserhöhung.

In München Jalousienhaken kam es in Knochberg, als die Nazis die Arbeiter provozierten. Die Arbeiter legten sich zur Wehr. Mehrere SA-Männer wurden verletzt. Die Polizei nahm Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor bei den Kommunisten.

Doch sie werden überall als Betrüger, Lügner und Verräter der Schied-Regierung und des Schied-Landtages entlarvt werden.
Die kommunistische Partei hat dieses Mandat der „Linken“ gründlich durchleuchtet und sie gezwungen, sich vor breiter Öffentlichkeit als die Verräter und Stützen der reaktionären Schied-Regierung zu demaskieren.

Überall, wo die sozialdemokratischen Korbner auftreten, wird ihnen der Ruf entgegengehallen: Weshalb habt ihr diese Regierung, auf die ihr ja selber schimpfen könnt, nicht fortgesetzt, weshalb habt ihr den Landtag nicht aufgelöst?

Diese beiden entscheidenden Fragen hat die kommunistische Partei an die Sozialdemokraten gestellt. Jetzt mußte die SPD hoch Farbe bekennen, sie mußte abstimmen und mit den bürgerlichen Parteien lehnte sie die wirtschaftlich und politisch gegen die Schied-Regierung gerichtete Forderung ab.

In der gestrigen Sitzung der KPD-Fraktion, daß als erster Tagesordnungspunkt ein Antrag der KPD-Fraktion: Der Landtag löst sich auf auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Korbner anderer Fraktionen betonte, auch gegen diesen Antrag könne man Widerspruch erheben, aber man wolle vor der Öffentlichkeit schweigen, weil diesmal die SPD unterläge. Im Gegensatz zur letzten Sitzung wagte diesmal niemand Widerspruch zu erheben, der Antrag wurde behandelt und — ohne Stellung zu nehmen, ohne den Verlust einer Koalition ihrer Haltung zu unternehmen, stimmten die Sozialdemokraten dann mit den bürgerlichen Parteien gegen die Auflösung des Landtages.

Mit dieser Abstimmung haben die „linken“ Sozialdemokraten vor der gesamten Arbeiterchaft ihre Entwürfe zur Gefrierfleisch-Einfuhr selbst als betrügerisches Mandat gegen die Massen entlarvt. Dieser die Entwürfe, in der sie eine „Mißbilligung“ der Regierungspolitik ausgesprochen, zur Beratung kamen. Stimmten sie zweimal für die Regierung und ihre Rettung. Damit ist der Wille der radikalen Massen, die dann der Weg, Kampf